Morgen-Ausgabe
No. 17. — 57. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Dienstag, 12. Januar 1909

Lokales.

Der Verkehrsverband „Groß-Berlin".

Gestern fand im Berliner Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirschner die letzte Sitzung der Vertreter von Groß-Berlin statt, in der das revidierte Statut des Verkehrsverbandes „Groß-Berlin" angenommen wurde. Die Schnellbahnfrage wird gesondert behandelt werden; in dem jetzt in dritter Lesung festgestellten Statutenentwurf handelt es sich nur um die Uebernahme des Straßenbahnbetriebes. Der Entwurf wird jetzt den Magistraten und Gemeindebehörden von Groß-Berlin zur weiteren Beratung übersandt werden.

Achtuhrladenschluß in Groß-Berlin.

Am 1. April 1909 wird der Achtuhrladenschluß in Groß-Berlin einheitlich durchgeführt sein. Auf Veranlassung der Landräte der Kreise Teltow und Niederbarnim hatin den einzelnen Vororten eine Abstimmung der Gewerbetreibenden über den Ladenschluß stattgefunden. Abgesehen von einigen kleineren Orten und Pankow, wo die Abstimmung im Laufe dieser Woche vorgenommen wird, liegen jetzt die Resultate vor; sie sind durchweg günstig für denselben Geschäftsschluß mit Berlin ausgefallen. Daraufhin soll zum 1. April an allen Orten gemeinsam der Achtuhrschluß der Geschäfte bestimmt werden. Die einzelnen Amts- und Polizeivorsteher werden nach Rücksprache mit den Landratsämtern die entsprechenden Verfügungen erlassen. Nur für Lichtenberg und Borbagen-Rummelsburg wird eine besondere Verfügung ergehen. Hier ist die Polizeidirektion der Gemeinde zuständig, die das Abstimmungsmaterial zur Prüfung dem Berliner Polizeipräsidium überwiesen hat. Voraussichtlich wird in Lichtenberg und Rummelsburg der Achtuhrladenschluß bereits am 1. Februar eingeführt.

Die imposante Wahlrechtskundgebung,

die am letzten Sonntag die Demokratische Vereinigung im Feenpalast veranstaltete, hat, wie wir bereits mitteilten, der Vereinigung einen stattlichen Zuwachs an neuen Mitgliedern gebracht. Wie wir erfahren, belief sich die Zahl der Neumeldungen auf 104.

Der Vorstand des Demokratischen Vereins für Schöneberg und Friedenau

für das Jahr 1909 hat sich folgendermaßen konstituiert: I. Vorsitzender: Fabrikant Eugen Feist, Schöneberg, Grunewaldstraße 53. II. Vorsitzender: Ingenieur Buchsbaum. I. Schriftführer: Kaufmann Edmund Becker, Friedenau, Moselstraße 9. II. Schriftführer Oberlehrer Oestreich. III. Schriftführerin: Fräulein Fließ, Handlungsgehilfin. I. Kassierer: Bankbeamter Willy Teske, Schöneberg (Post Friedenau), Cronachstraße 44. II. Kassierer: Bankbeamter Klöpfer. Beisitzer: Instrumentenmacher Beuck, Buchdruckereibesitzer Gartmann, Nationalökonom Dr. Graetzer, Buchhalterin Fräulein Gutmann, Schriftsteller Dr. Heiß, Schriftsteller Dr. Jigenstein, Magistratsassistent Köppen, Ingenieur Palzow, Schriftstellerin Fräulein Dr. Sücker, Postassistent Wedekind, Rentier R. H. Witt. — Die nächste öffentliche Versammlung beruft der Verein auf Mittwoch, den 13. d. M., 9 Uhr abends, in Friedenau, Rheinstraße 60, ein. Herr Oberst Gädke spricht über „Der Blockpresstrun und die Jahrhundertfeier der Städteordnung." Jedermann ist eingeladen.

Der Demokratische Verein (früher Liberaler Verein) zu Steglitz

hat bei seinem Uebertritt zur Demokratischen Vereinigung nur einen geringen Bruchteil seiner Mitglieder verloren, diesen Verlust aber durch Aufnahme zahlreicher neuer Mitglieder längst wieder wettgemacht. Der neugewählte Vorstand hat das Arbeitsprogramm für das neue Vereinsjahr bereits beraten. Er wird auch weiterhin die Werbetätigkeit und die politische Aufklärung energisch fördern. Insbesondere will er es sich angelegen sein lassen, die Vereinsversammlungen recht anregend zu gestalten. Zu Anfang jedes Vereinsabends soll von einem Mitgliede eine politische Tagesrundschau gegeben werden, in der die neuesten politischen Ereignisse mitgeteilt und erörtert werden sollen. Die erste Vereinsversammlung findet heute, abends 8½ Uhr im Steglitzer Hof, Berlinerstraße 15, am Bahnhof Steglitz statt. Auf der Tagesordnung stehen Vorträge von den Herren Dr. Luxenberg und Schöning über die Anfänge der Entwickelung der Sozialdemokratie. Gäste, auch Frauen, sind willkommen.

Einführung der Wertzuwachssteuer in Schöneberg.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg wurde mit großer Majorität beschlossen, den Magistrat um Einsetzung einer gemischten Deputation von zehn Stadtverordneten und fünf Magistratsmitgliedern zwecks Einführung einer Wertzuwachssteuer für unbebaute Terrains zu ersuchen. Ferner wurde der Magistrat ersucht, sich zu demselben Zwecke mit den Magistraten von Charlottenburg und Wilmersdorf ins Einvernehmen zu setzen. Ein Antrag des Stadtverordneten Zobel von der liberalen Fraktion, die Vorarbeiten für diese Steuer so zu beschleunigen, daß die Einführung bereits am 1. April d. J. erfolgen kann, wurde ebenfalls angenommen.

Die Stadt Berlin im Kampfe gegen Epidemien.

Am 1. Januar sind, wie mitgeteilt, die staatlichen Institute für die bakteriologischen Untersuchungen in Tätigkeit getreten. Auf Grund des zwischen der Stadtgemeinde und dem Fiskus abgeschlossenen Vertrages über die bakteriologischen Untersuchungen zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten übernimmt der Staat in seinen drei Infektionsinstituten die Untersuchungen für die nördlich der Spree gelegenen Stadtteile von Berlin, während die Stadt die südlich der Spree gelegenen Bezirke überwacht. Die städtischen Untersuchungen finden im Untersuchungsamt für Nahrungsmittel und gewerbliche Zwecke an der Fischerbrücke statt. Sie sind, wie wir erfahren, am Sonnabend begonnen worden und bilden einen neuen, bedeutungsvollen Arbeitszweig des städtischen Gesundheitsamtes.

Die Zentrale für Armenpflege. Der Zentralausschuß des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit hielt im Donatorensaale des Berliner Rathauses eine Sitzung ab. Unter anderen waren erschienen die Stadträte Ludwig Wolf (Leipzig) und Dr. Münsterberg (Berlin), zahlreiche Bürgermeister, Stadträte und Landesräte. Als Ort der diesjährigen Herbstversammlung wurde München bestimmt; sie findet am 23. und 27. September statt. — Als Gegenstände der Verhandlungen wurden gewählt: 1. Zwangsmaßregeln gegen arbeitsscheue Personen und säumige Nährpflichtige. Berichterstatter Dr. Lohse-Hamburg und Stadtrat Samter-Charlottenburg. 2. Die Schulspeisung. Als Berichterstatter sind in Aussicht genommen die Verfasserin des Buches: „Schule und Brot" Fräulein Helene Simon, sowie ein Vertreter der Armenverwaltung von München. 3. Die öffentliche Armenpflege auf dem Lande.

Millionen-Terrainverkäufe in Schöneberg. Das rund 6500 Quadratruten umfassende Bauterrain am alten Mühlenberge, das bisher den Hewaldschen Erben gehörte, ist für vier Millionen Mark in den Besitz der vom Kommerzienrat Georg Haberland geleiteten Berlinischen Bodengesellschaft übergegangen. Mit dem Ankauf dieses zur Hälfte für Straßen und Plätze zu benutzenden Terrains hat die in den letzten Wochen so viel genannte Berliner Bodengesellschaft alle Ländereien, die nördlich des Schöneberger Stadtparkes gelegen sind, in ihrer Hand vereinigt. Vor einem Jahre noch verhandelte die Stadt Schöneberg wegen dieses Geländes mit den Hewaldschen Erben, doch zerschlugen sich die Verhandlungen wegen der Höhe der damaligen Forderung (4½ Millionen).

Berlin-Wilmersdorf. Die Namensänderung der Stadt Deutsch-Wilmersdorf in „Berlin-Wilmersdorf" wird die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung noch einmal beschäftigen. Wie bekannt, konnte in der Stadtverordnetenversammlung bisher eine Einigung über den abzuändernden Namen nicht erzielt werden, und die Angelegenheit wurde einem Ausschusse zur Beratung übertragen. Der Ausschuß hat beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, der vom Magistrat vorgeschlagenen Bezeichnung „Berlin-Wilmersdorf" zuzustimmen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Plenum sich mit der Aenderung einverstanden erklären wird.

Brandstifter und Polizeihund. Einen Brandstifter scheint ein Berliner Polizeihund in Hermsdorf bei Schwerin a. W. ermittelt zu haben. Dort richtete eine Feuersbrunst auf dem Gehöft des Rittergutsbesitzers Weber einen Schaden von 60,000 Mark an. Die Untersuchung ergab vier Brandherde. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft fuhr ein Berliner Schutzmann mit dem Polizeihund „Prinz" nach Hermsdorf. Das Tier verfolgte eine Spur, die von der Brandstelle, einem vorzeitig erloschenen Herde, über Felder, zwei Zäune und eine Chaussee nach der Schankwirtschaft von Frevels angezeigt worden war, lagen schon Verdachtsgründe vor. Jetzt hat ihn der Staatsanwalt verhaften lassen.

200 Mal alarmiert. Die Berliner Feuerwehr hat in diesem Jahre schon über 200 Alarmierungen zu verzeichnen, das heißt, durchschnittlich 20 Feuermeldungen pro Tag. Am Sonntag mußten unter anderem in der Invalidenstraße 90 und in der Gleimstraße 59 zwei verstörte Weihnachtsbaumbrände abgelöscht werden. — Wegen eines Ofenein sturzes wurde der 17. Löschzug nach der Stallschreiberstraße 27/28 gerufen. — Wohnungen standen in der Nigaerstraße 102, Stephanstraße 56 und in der Friesenstraße 4 in Flammen.

Für 20,000 Mark Pelze und Mäntel unterschlagen. Großen Betrügereien ist man bei einer hiesigen Damenkonfektionsfirma auf die Spur gekommen. Die Veruntreuungen sind seit längerer Zeit von dem Angestellten der Firma, Salomon Hananer verübt worden. H., der die Flucht ergriffen hatte, hat sich in Hamburg der Polizeibehörde selbst gestellt, nachdem er in einem Hotel mehrere Tage lang unter falschem Namen gewohnt hatte. Er wird nach Berlin transportiert werden.

Kleine Notizen. Im Rixdorfer Stichkanal hat sich der 63 Jahre alte Pianofortefabrikant Johann Evers aus der Wassertorstraße 37 ertränkt. Im Jahre 1878 gründete er die Pianofortefabrik Johann Evers und Karl Gaude. — Im Alter von 85 Jahren ist gestern Frau Louise Marx-Hanjemann, Tochter des einstigen preußischen Finanzministers Ludwig Hansemann und die Schwester des vor einigen Jahren verstorbenen bekannten Finanzmanns Adolf v. Hansemann, in ihrer Wohnung Hardenbergstraße 15 gestorben. Heute nachmittag 2 Uhr findet im Sterbehause eine Trauerfeier statt, an die sich die Beisetzung auf dem Matthäi-Kirchhof in der Großgörschenstraße anschließt. — Zu Ahlbeck verschuldete sich gestern aus Nahrungssorgen eine Berlinerin zu ertrinken. Sie wurde, mit dem Wellen kämpfend, von einem Badefahrer noch gerettet. Es handelt sich um die am 7. Februar 1889 in Berlin geborene Arbeiterin Gertrud Schneider, die zuletzt in der Müsäusterstraße 8 wohnte.

Der kirchlich liberale Parochialverein der Luisenstadtgemeinde hält am Mittwoch, 13. Januar cr., abends 8½ Uhr, im oberen Saal der Luisenstädtischen Bierhallen, Alte Jakobstr. 89, seine diesjährige Generalversammlung ab, wozu alle Gemeindeangehörigen, auch Damen und Gäste, willkommen sind. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die folgenden Gegenstände: Bericht über die Tätigkeit des Vereins im Jahre 1908, Rechnungslegung des Schatzmeisters, Bericht der Kassenprüfer und Decharge erteilung, Wahl der Vorstandsmitglieder, Wahl von drei Kassenprüfern, Bericht über den kirchlichen Bericht für die Gemeinde über das Jahr 1908. Bei der allgemeinen Besprechung über den Bau der neuen Leichenhalle auf dem alten Friedhof und über das Verhalten der kirchlichen Körperschaften gegenüber dem Patronatsrecht des Magistrats wird sich voraussichtlich eine lebhafte Aussprache entwickeln.

Deutscher Monistenbund. Heute abend 8¼ Uhr findet in der Lützowstraße 111/112 im Saale der Viktoriabrauerei, zweiter Stock, ein Restauration, der vierte Elternabend des Deutschen Monistenbundes statt. Professor Dr. Ludwig Gurlitt spricht über „Die kindliche Faulheit und ähnliches". Am 19. und 26. Januar finden der fünfte und sechste Elternabend statt.

Verhaftete Fledderer.

Sechs Fledderer wurden am Sonntag Abend unschädlich gemacht. Ein mit Zuchthaus bestrafter früherer Lohgerber Max Pfeiffer hatte sich eine Monatskarte für die Stadtbahn gekauft und fuhr nun immer hin und her. Auf dem Schlesischen Bahnhof sah ein Beamter, wie er ein Abteil einstieg, in dem ein schlafender Mann allein saß. Der Beamte fuhr im Nebenabteil mit und beobachtete über die Schranke hinweg, wie Pfeiffer dem Schlafenden das Portemonnaie aus der Tasche holte. Auf der Haltestelle Jannowitzbrücke nahm er ihn fest. — Eine Bande, die sich in der Gegend des Obdachs herumzutreiben pflegt, hatte einen betrunkenen Schlosser ausgeplündert. Eine obdachlose, mehrfach bestrafte Bertha Zöllner hatte sich an den Mann in der Augustbeiler Straße herangemacht und ihn, gelockt von ihrem Geliebten, einem Arbeiter Paul Richter, und dessen Anhang, den Arbeitern Johann Zimmermann, Karl Böschner und einem dritten, nach dem Wedding verschleppt. Dort knöpften sie ihm Uhr und Kette ab und steckten sie Richter zu. Dann zog die Bande mit dem Betrunkenen nach ihrer Stammkneipe in der Danzigerstraße. Hier gab der Betrunkene noch reichlich zum besten und bezahlte endlich mit einem Zehnmarkschein. Die Zöllner und Richter hatten aus der Tasche, ohne daß er es merkte. Jetzt verschwand die Gesellschaft einen nervenleidenden Patienten fälschlich gesagt haben, er sei Rückenmarksdarre und zu werden, wohl aber könne dies geschehen, wenn er sich einer Kur haben bewegen lassen, eine energiebistofe Kur in der zweiten Abonnentenklasse zu 150 Mark durchzumachen. Der Angeklagte bestritt entschieden, sich schuldig gemacht zu haben und verkrat unter anderem den Standpunkt, daß nach seiner Ueberzeugung auch Krebs durch seine Methode heilbar sei. — eine Behauptung, die seitens des Geheimrats Professors Fränkel und des Medizinalrats Dr. Störmer auf das energischste bestritten wurde. — Staatsanwalt Horn beantragte zehn Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Rechtsanwalt Munk beantragte dagegen die Freisprechung. Der Gerichtshof erkannte auf fünf Monate Gefängnis.

In der Begründung hob der Vorsitzende unter anderem hervor, daß der Angeklagte trotz seiner geringen medizinischen Ausbildung, zum Teil sogar absoluten Unkenntnis in medizinischen Dingen sich auf Fälle einlasse, für die seine Fähigkeiten durchaus nicht ausreichen. In den beiden Anklagefällen habe er durch falsche Vorspiegelungen die Patienten

demokratie, 2. Vaterländischer Verein, 3. Grundbesitzerverein, 4. Mieterverein, 5. Verein selbständiger Geschäftsleute, 6. Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, 7. Bürgerverein, 8. Lehrerverein, 9. Nationalliberaler Verein, 10. Evangelischer Arbeiterverein, 11. Katholischer Arbeiterverein. Zuerst waren es 20 Vereine, darunter auch die „Schützengilde", die den gemeinsamen Feind bekämpfen wollten; es scheint aber, daß einzelnen Vereinen dieses aussichtslose Vergnügen etwas zu kostspielig geworden ist. Jeder Verein hat das Recht, auf je 50 seiner Mitglieder einen Vertreter zu entsenden, und die Pflicht, für das „Ja" respektive „Nein"-Sagen bei den Abstimmungen 15 Mark pro Vertreter zu bezahlen. Da nun zirka 40 Vertreter zu diesem „Block" gehören, so macht das zirka 600 Mark aus, die zu einem unnützen Zweck aufgebracht werden. Trotz dieser Summen hielt man es für notwendig, auf Kosten des Volkes zu sparen, indem man 30 Mark für die Abschreibung der neuen Wählerliste nicht bewilligte, wodurch Hunderte von Neuhinzugezogenen ihres Wahlrechtes beraubt wurden.

Die von diesem Mischmasch aufgestellten Kandidaten entsprechen voll und ganz der Gesinnung der betreffenden Vereine. Der eine Kandidat müßte bei seiner Wahl ein „Zweiseelenmensch" sein; vielleicht verausstaltet er ein Preisrätsel, wie man die Rechte der Gemeinde und zu gleicher Zeit auch die Rechte einer Betriebsgesellschaft, der er angehört, und die mit Pankow im Vertragsverhältnis steht, wahren kann. Der Kandidat ist nationalliberal. Auch der größtenteils freisinnige Grundbesitzerverein hat zwei seiner Getreuen gestellt. Trotzdem auch jüdische Mitglieder dem Verein angehören, ließ er sich kürzlich von dem früheren antisemitischen Reichstagsabgeordneten Dr. Böckel einen Vortrag über „Finanzreform" halten. Der Herr bekam in der Submission deswegen den Zuschlag, weil er nur 30 Mark forderte und der billigste war. Auch die Sozialdemokratie hat ihre Kandidaten nominiert. Die bürgerliche Demokratie geht diesmal selbstständig vor und hat im 1. Bezirk (Wahllokal „Zum Kurfürsten", Berlinerstraße 102) die Herren A. Brandis und H. Louisaint, im 2. Bezirk (Wahllokal P. Nozicki, Kreuzstraße 3—4) die Herren A. Brandis und H. Burmeister aufgestellt.

Die neue Havelbrücke. Mit dem Bau der neuen Havelbrücke ist in Spandau begonnen worden. Die Brücke wird sich mit einer Spannung von 80 Metern über den Havelburchstich wölben, der zur Verbesserung der Wasserstraße in der Gegend von Tiefwerder angelegt worden ist und in diesem Herbst dem Verkehr übergeben werden soll. Der Durchstich führt eine Gradlegung der Fahrstraße herbei, die an der betreffenden Stelle eine für die Schifffahrt sehr gefährliche Biegung macht. Die Stadt führt alle Arbeiten selbst aus und erhält von der Staatsregierung eine Beihilfe von 600,000 Mark; sie dankt bei dieser Gelegenheit einen großen Industrieansiedlungen mit Eisenbahnanschluß; als Hafenbecken wird ihr von der Staatsregierung der alte Havelarm überwiesen, der dem Durchgangsverkehr entzogen wird. Die Stadt wendet für diese Strombauten, einschließlich des Zuschusses der Staatsregierung, ungefähr fünf Millionen Mark auf.

Mord auf der Landstraße. Ueber einen Kampf zwischen zwei Glasarbeitern, der einen tödlichen Ausgang nahm, wird aus Zossen berichtet: Am Sonnabend zwischen 6 und 7 Uhr abends wurde der Glasarbeiter Fiebelkorn aus Friedrichshagen bei der Glashütte Baruth von seinem Jugendfreunde, dem 20 Jahre alten Arbeiter König, auf dem Heimwege auf der Chaussee überfallen und mit einem Messer tödlich verwundet. Den Wochenlohn von 17 Mark hat sich der Mörder angeeignet. Den Kampf hörte der auf einem Pürschgange befindliche Revierförster in Borsdorf. Er ging dem Lärm nach, und nun wurde der Mörder flüchtig. Fiebelkorn ist infolge der schweren Verletzungen gestorben. König wurde im Laufe des Abends auf dem Klasdorfer Bahnhofe verhaftet und von dem Gendarmen in das Amtsgerichtsgefängnis in Baruth eingeliefert.

Gerichts-Zeitung.

Der Herr „Professor".

Die 135. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte verhandelte gestern bis zum späten Abend eine Anklage wegen Betruges gegen den Naturheilkundigen Paul Mistelsky. Der Angeklagte ist schon mehrmals wegen Gewerbevergehens bestraft und vor kurzem wegen unbefugter Führung des Professortitels und Betruges zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Zum gestrigen Termin waren nicht weniger als zehn medizinische Sachverständige geladen, darunter vom Gericht der Dr. Neuhaus und Dr. Hirsch. Seitens des Angeklagten waren sechs praktische Aerzte und Vertreter der Homöopathie und der Naturheilkunde geladen. Außerdem war noch der Ingenieur Cruecke als Sachverständiger für elektrische Maschinerien anwesend. Der Angeklagte ist Direktor eines Instituts, in dem die Heilkunst mit der Oszillationsmethode, Lichtbädern, elektrischen Bädern, Massage usw. Arzt bei der Diagnostik und der Kuranordnung tätig. Nach der Behauptung der Anklage sind die in dem Institute aufgestellten Apparate zwar durchaus gut und die ganze Einrichtung des Institutes vorzüglich, wie der Sachverständige Cruecke aber gestern auseinandersetzte, weiß der Angeklagte, obgleich er Leiter des Institutes ist, aber nicht einmal mit der einfachen Handhabung der elektrischen Apparate, der Dosierung des elektrischen Stromes Bescheid. Mistelsky bestreitet dies und behauptet, daß er lediglich besonders war und nicht gleich die richtigen Antworten bei der Hand hatte, als der Sachverständige Cruecke eines Tages im Auftrage des Gerichts im Institut erschien und die Einrichtung und die Apparate zc. in Augenschein nahm. Zur Anklage standen zwei Fälle, die der Staatsanwalt als Betrugsfälle auffaßt. In dem ersten Falle war ein Buchdrucker Emil Schulz, der am vorgeschrittenen Krebs des Schlundes und Kehlkopfes litt und als ungeheilt aus der Charité entlassen war, da er sich nicht einer Radikaloperation unterwerfen wollte, in das Institut Mistelsky gekommen. Der Patient war unbemittelt und soll, wie behauptet wird, die Kur nur deshalb begonnen haben, weil ihm der Angeklagte gesagt habe, er würde ihn nach 30 Behandlungen wieder herstellen. In dieser Zuversicht soll der Patient den Abonnementspreis dritter Klasse für 30 Behandlungen mit 100 Mark bezahlt haben. Nach 18 Besuchen ist der Patient gestorben. — Im zweiten Falle soll der Angeklagte einen nervenleidenden Patienten fälschlich gesagt haben, er sei Rückenmarksdarre und zu werden, wohl aber könne dies geschehen, wenn er sich einer Kur haben bewegen lassen, eine energiebistofe Kur in der zweiten Abonnentenklasse zu 150 Mark durchzumachen. Der Angeklagte bestritt entschieden, sich schuldig gemacht zu haben und verkrat unter anderem den Standpunkt, daß nach seiner Ueberzeugung auch Krebs durch seine Methode heilbar sei. — eine Behauptung, die seitens des Geheimrats Professors Fränkel und des Medizinalrats Dr. Störmer auf das energischste bestritten wurde. — Staatsanwalt Horn beantragte zehn Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Rechtsanwalt Munk beantragte dagegen die Freisprechung. Der Gerichtshof erkannte auf fünf Monate Gefängnis.

In der Begründung hob der Vorsitzende unter anderem hervor, daß der Angeklagte trotz seiner geringen medizinischen Ausbildung, zum Teil sogar absoluten Unkenntnis in medizinischen Dingen sich auf Fälle einlasse, für die seine Fähigkeiten durchaus nicht ausreichen. In den beiden Anklagefällen habe er durch falsche Vorspiegelungen die Patienten

Aus den Vororten.

Der demokratische Verein Pankow—Nieder-Schönhausen

veranstaltet am Mittwoch, 13. Januar, abends 8½ Uhr im Restaurant P. Nozicki, Pankow, Kreuzstraße 3—4 eine öffentliche Wählerversammlung anläßlich der am 15. d. M. stattfindenden Gemeindevertreter-Ersatzwahlen, zu der Dr. Breitscheid (Berlin) das Referat über das Thema: „Die Demokratie in der Gemeindepolitik" übernommen hat. Hieran schließt sich eine freie Aussprache. Darin wird auch die von der „B. B.-Ztg. bereits geschilderte Wahlrechtsschmälerung in Pankow zur Verhandlung kommen. Folgende Vereine haben ein Bündnis für ewig" gegen die Sozialdemokratie geschlossen: 1. Reichsverband zur Bekämpfung der Sozial-